

Herblich'sche Verlagsbuchhandlung 1919

(73)

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Er erscheint jeden Sonnabend.  
Preis: 0,75 RM.;  
bei jeder Bestellung durch den Bezugsnehmer  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Zuschriften nehmen Rücksicht auf.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Ortsvereine  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Hauptstadt)  
Berlin N.O. 52, Greifswalder Straße 221/223.

Inzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 20 Pf.  
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 39/40:

Berlin, Sonnabend, 4. Oktob. 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

11. Delegiertentag des Gewerkevereins Deutscher Bäcker und Konditoren. — 21. Zentraler Gewerkeverein im Jahre 1918. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

### 11. Delegiertentag des Gewerkevereins Deutscher Bäcker und Konditoren.

(Wegen Raummangel verkürzt.)

Zu einer kurzen, aber inhaltreichen Tagung trafen die Delegierten des Gewerkevereins der Deutschen Bäcker und Konditoren am 23. August d. J. im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine in Berlin zusammen. Schon die Zusammenkunft der Generalversammlung garantierte eine erfolgreiche Arbeit. Neben den älteren erfahrenen Kollegen machten sich die jugendlichen vorwärts drängenden Kräfte bemerkbar, die aber beiderseitig Gegenstände nicht aufkommen ließen und sich in dem Ziel der Förderung der Organisation zur Erfüllung ihres Zweckes immer wieder zusammen fanden. Zunächst brachte die Vorberatung die übliche Prüfung der Mandate. In das Büro wurden gewählt die Kollegen Scheffler, Berlin als 1. und J. J. J. J. Berlin als 2. Vorsitzender sowie J. J. J. Berlin als Schriftführer. Die Vorberatung der Dringlichkeitsanträge und die endgültige Festsetzung der Tagesordnung nahm noch längere Zeit in Anspruch. Vor Schluss der Vorberatung besuchte der Vertreter des Gesamtverbandes, Kollege Reusche, Berlin. Die Generalversammlung die angedachten der ersten Zeit schwierigen Aufgaben hoffentlich recht erfolgreich lösen werde.

Eine gutbeachtete Begrüßungsfeier, veranstaltet von dem kombinierten Ortsverein der Bäcker und Konditoren Groß-Berlins, brachte die Delegierten in engere Beziehungen mit dem Berliner Kollegen und führte vielfach zu regem Gedankenaustausch.

Die Hauptverhandlungen, begannen am 24. August und wurden auch in einem Tage unter ganz erheblicher Ueberdrückung der achtstündigen Arbeitszeit zu Ende geführt. Den Tätigkeitsbericht für die zurückliegende Geschäftsperiode erhaltete der Senior des Gewerkevereins, Kollege Kaping, auf dessen Schultern in der Kriegszeit fast allein die ganze Verwaltungslast lag. Der Bericht schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die der Krieg und seine Folgen für den Gewerkeverein und das Gewerbe der Bäcker und Konditoren zeitigte. Eine große Zahl der Mitglieder wurde zum Wehrdienst eingezogen. Prozentual hatte der Gewerkeverein der Bäcker und Konditoren die größte Zahl der Kriegsteilnehmer gegenüber den anderen Berufsgewerkevereinen zu verzeichnen. Fortwährender Beschlag im Hauptverband war die Folge davon. Außer dem Vorsitzenden wurden fast sämtliche führenden Kollegen des Hauptverbandes eingezogen. Diese Schwierigkeiten stellten zusammen mit denen, die durch die Kriegsverordnungen und die Aktionierungen für das Gewerbe entstanden und einen tiefgehenden Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausübten. Zur Milderung dieser ungünstigen Berufsverhältnisse traten die drei Berufsverbände der Hauptrichtungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, an deren Arbeiten sich der Gewerkeverein eifrig beteiligte, und die gute Erfolge erzielte. Die Arbeitsgemeinschaft übte vor allem einen günstigen Einfluss durch ihren sachverständigen Rat auf die

Gestaltung der Meinungsäußerungen aus. Die Initiative übernahm der Vorsitzende, der Leiterführung derselben ergriff in dem Hauptverband. Die Tätigkeit der Delegierten wurde durch die im Laufe der Jahre angewandte Arbeit der Kollegen zu danken. Die dauernde Arbeit der Kollegen wurde in einer ersten Sitzung im gemeinsamen Einverständnis der Delegierten und wirtschaftlicher Kollegen vereinbart und deren Wirksamkeit durch eine Resolution, die sich auch auf die im Krieg bestehenden Verhältnisse gehörigen erwiderte. Das Verbot und die notwendig gewordenen Maßnahmen des Profers schiedte mit der Gewerbe und unterstützte den Zweiteiligkeit. Eine gründliche Darstellung von Verhältnissen der Gewerkevereine in Berlin brachte die Kollegen im Gewerbe zu mildern. Eine Umfrage über die Lohnverhältnisse brachte die Feststellung, dass die Lohnverhältnisse für die Gewerkevereine trotz der verbesserten Lebenshaltung in der Wirtschaft ungünstiger waren als vor dem Krieg. Einmal bestand eine größere Arbeitslosigkeit. Die weitere infolge der veränderten Einrichtungen und der Wirkungen des Wirtschaftens eine Abmilderung in andere Gewerbe und Erwerbsverhältnisse. Trotz alledem gelang es, die Gewerbevereine und den Gewerkeverein über den Krieg hinweg zu bringen. Nach dem Sturz der Gewerkevereine bemüht hat einen neuen Platz im neuen Deutschland zu erringen. Die Mitarbeit in den Nachausstellungen wurde fortgesetzt. Die Beteiligung an den Tarifverträgen und deren Abschluss wurde oftmals gegen den Zentralverband erzwungen werden, die denn überhaupt die Zusammenarbeit mit letzterem ohne jede Schuld des Gewerkevereins geblieben wurde. Die Agitation brachte gute Erfolge. Innerhalb des Gewerkevereins konnten besondere Nachgruppen konstituiert und neue Ortsvereine gegründet werden. Der Berichterstatter dankte zum Schluss vor allem den Kollegen, die in der Kriegszeit trotz aller persönlichen Sorgen durch eifrige Arbeit den Gewerkeverein durchgehalten haben, erkannte die Unterstützung des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes gern an und gedachte der zahlreichen Opfer des Krieges aus den Reihen der Mitglieder, deren Andenken durch Erheben von den Blasen gelehrt wurde. Der umfangreiche Tätigkeitsbericht fand wertvolle Ergänzungen durch den zweiten Referenten Kollegen Scheffler, Berlin, der auf die Gestaltung der Verhältnisse nach der Revolution hinwies. In der Aussprache über die beifällig aufgenommenen Berichte wurde der Bürokratismus bei der Rationierung scharf kritisiert. Unkenntnis der wirklichen Sachlagen und Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse schädigen auch heute noch die Entwicklung des Gewerbes. Der Terrorismus der Zentralverbände wurde als ein Schandfleck im freien Deutschland verurteilt. Die vom Gewerkeverein eingeforderte Mehrbeteiligung an die Meister nach Maßgabe der beschäftigten Geiellen hat manchen Arbeitlosen von der Straße gebracht. Sonderbarerweise werden dieser Verteilung seitens der Zentralverbände Schwierigkeiten in den Weg gelegt, weil sie in enger Verbindung mit den Genossenschaftsbetrieben und Brotfabriken stehen. Die interessante Diskussion schloß mit einem Dank und voller Anerkennung der Tätigkeit des Hauptverbandes. An der Debatte beteiligte sich auch der Verbandsvertreter. — Der Referatbericht wurde zur Kenntnis genommen. Die durch den Krieg hervorgerufenen ungünstigen finanziellen Verhältnisse sind in der letzten Zeit durch die Opferwilligkeit der Mitglieder behoben worden.

Heber die Kommunalverwaltungsfrage ist nicht möglich. Die Delegierten des Gewerkevereins der Deutschen Bäcker und Konditoren im Jahre 1918. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

11. Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Bäcker und Konditoren. (Wegen Raummangel verkürzt.)

Zu einer kurzen, aber inhaltreichen Tagung trafen die Delegierten des Gewerkevereins der Deutschen Bäcker und Konditoren am 23. August d. J. im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine in Berlin zusammen. Schon die Zusammenkunft der Generalversammlung garantierte eine erfolgreiche Arbeit. Neben den älteren erfahrenen Kollegen machten sich die jugendlichen vorwärts drängenden Kräfte bemerkbar, die aber beiderseitig Gegenstände nicht aufkommen ließen und sich in dem Ziel der Förderung der Organisation zur Erfüllung ihres Zweckes immer wieder zusammen fanden. Zunächst brachte die Vorberatung die übliche Prüfung der Mandate. In das Büro wurden gewählt die Kollegen Scheffler, Berlin als 1. und J. J. J. Berlin als 2. Vorsitzender sowie J. J. J. Berlin als Schriftführer. Die Vorberatung der Dringlichkeitsanträge und die endgültige Festsetzung der Tagesordnung nahm noch längere Zeit in Anspruch. Vor Schluss der Vorberatung besuchte der Vertreter des Gesamtverbandes, Kollege Reusche, Berlin. Die Generalversammlung die angedachten der ersten Zeit schwierigen Aufgaben hoffentlich recht erfolgreich lösen werde.

Eine gutbeachtete Begrüßungsfeier, veranstaltet von dem kombinierten Ortsverein der Bäcker und Konditoren Groß-Berlins, brachte die Delegierten in engere Beziehungen mit dem Berliner Kollegen und führte vielfach zu regem Gedankenaustausch.

Die Hauptverhandlungen, begannen am 24. August und wurden auch in einem Tage unter ganz erheblicher Ueberdrückung der achtstündigen Arbeitszeit zu Ende geführt. Den Tätigkeitsbericht für die zurückliegende Geschäftsperiode erhaltete der Senior des Gewerkevereins, Kollege Kaping, auf dessen Schultern in der Kriegszeit fast allein die ganze Verwaltungslast lag. Der Bericht schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die der Krieg und seine Folgen für den Gewerkeverein und das Gewerbe der Bäcker und Konditoren zeitigte. Eine große Zahl der Mitglieder wurde zum Wehrdienst eingezogen. Prozentual hatte der Gewerkeverein der Bäcker und Konditoren die größte Zahl der Kriegsteilnehmer gegenüber den anderen Berufsgewerkevereinen zu verzeichnen. Fortwährender Beschlag im Hauptverband war die Folge davon. Außer dem Vorsitzenden wurden fast sämtliche führenden Kollegen des Hauptverbandes eingezogen. Diese Schwierigkeiten stellten zusammen mit denen, die durch die Kriegsverordnungen und die Aktionierungen für das Gewerbe entstanden und einen tiefgehenden Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausübten. Zur Milderung dieser ungünstigen Berufsverhältnisse traten die drei Berufsverbände der Hauptrichtungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, an deren Arbeiten sich der Gewerkeverein eifrig beteiligte, und die gute Erfolge erzielte. Die Arbeitsgemeinschaft übte vor allem einen günstigen Einfluss durch ihren sachverständigen Rat auf die

Einnahme.

Tabelle I.

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben

Name des Gewerbevereins.	Einnahme	Zahl der				Einnahmen aller Rassen, aus der Kranken- und Begräbnisstätten insgesamt, als					Unterstützung bei:				
		mannlichen Mitglieder	weiblichen Mitglieder	überhaupt	Eintrittsgelder	Wochenbeiträge	Zinsen	Gewinnige Einnahmen	Einnahme d. Lits u. Kofalbeitr.	Arbeitslosigkeit	Reise	Umsatz	Kostfäden	Krankenfäden	Sterbefäden
Metallarbeiter	724	69.848	3.124	72.972	25.965	1.536.311,27	123.056,62	79.108,87	195.883,40	88.658,00	2.907,77	4.821,10	5.845,--	54.164,92	124.004,98
Tafel- u. Handarbeiter	379	16.817	1.462	18.279	5.644,75	371.436,09	31.699,70	894,33	—	2.556,78	—	—	2.581,--	190.928,34	4.509,--
Polenarbeiter	145	4.425	219	4.644	846,04	117.601,61	6.419,10	3.675,85	6.768,30	7.588,65	188,90	242,90	2.143,50	37.766,24	15.515,--
Zentralarbeiter	79	1.659	2.650	4.309	535,--	57.919,05	1.057,31	4.184,19	8.600,--	2.793,61	19,02	20,--	3.200,--	29.903,22	4.389,--
Schauer u. Weberarb.	100	2.650	510	3.389	460,50	93.136,93	4.747,25	2.048,39	—	2.798,52	187,96	261,47	—	47.021,99	8.227,--
Schneider	69	1.809	805	2.614	325,75	48.898,15	8.571,52	431,68	3.855,98	600,50	—	70,90	12.822,--	28.570,02	4.162,50
Frauen und Mädchen	27	—	1.793	1.799	151,75	8.763,42	198,70	354,--	520,--	292,05	—	7,50	—	1.483,--	30,--
Tafelarbeiter	35	709	30	739	61,50	7.594,10	3.870,84	209,59	—	414,60	5,10	—	15,--	19.636,98	1.395,--
Zapfen	12	478	—	478	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,23	—
Eisenbahner (Breslau)	8	391	32	423	—	1.125,40	61,60	—	—	—	—	—	—	—	570,--
Gemeindearbeiter	47	516	2	518	27,50	16.143,98	2.111,90	—	—	—	104,25	3,--	23,88	8.101,32	1.890,--
Maler, Zähler etc.	17	400	—	400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handwerker	9	600	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handwerker	11	98	—	98	1,50	3.447,75	338,50	—	702,40	106,--	25,--	—	20,--	2.160,50	179,--
Wagner	26	870	—	870	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hellner	2	85	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malerinnen Hamburg	1	55	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wagner Tansia	1	22	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>1720</b>	<b>102.108</b>	<b>11.684</b>	<b>113.792</b>	<b>31.919,29</b>	<b>2.293.065,33</b>	<b>184.922,45</b>	<b>90.822,40</b>	<b>215.775,08</b>	<b>55.820,05</b>	<b>3.826,35</b>	<b>6.676,75</b>	<b>26.026,50</b>	<b>859.768,93</b>	<b>184.882,48</b>

Tabelle II.

Vermögensbestand der Deutschen Gewerbevereine und ihres Verbandes am 31. Dezember 1918.

Name des Gewerbevereins	Gewerbevereinsvermögen		Krankenfasse	Begräbnisstätten	Gesamtvermögen
	Hauptkasse	Kofalkassen			
Metallarbeiter	1.584.231,64	269.191,15	720.008,88	182.528,74	3.711.959,21
Tafel- u. Handarbeiter	532.051,22	19.986,41	142.127,19	105.973,35	859.848,17
Polenarbeiter	117.274,29	28.988,50	52.891,54	87.157,14	286.011,47
Zentralarbeiter	17.425,37	7.230,--	15.397,77	—	39.953,14
Schauer und Weberarbeiter	72.917,08	14.130,--	71.844,72	—	157.891,80
Schneider	114.494,98	37.613,06	100.784,92	—	252.893,96
Frauen und Mädchen	6.947,26	1.172,25	4.392,75	—	12.512,26
Tafelarbeiter	49.446,21	1.218,30	—	—	50.664,50
Zapfen	29.550,71	—	72.222,52	—	101.773,23
Eisenbahner (Breslau)	1.360,82	—	—	—	1.360,82
Gemeindearbeiter	11.900,62	—	48.175,81	—	55.155,83
Maler, Zähler etc.	—	—	—	—	—
Handwerker	—	—	—	—	—
Handwerker	7.494,60	275,30	8.738,70	—	11.508,60
Wagner (Trosden)	3.299,08	—	—	—	3.299,08
Hellner	—	—	—	—	—
Malerinnen Hamburg	—	—	—	—	—
Wagner Tansia	—	—	—	—	—
Verbands- und Organisationskosten	49.531,16	—	—	—	49.531,16
Begräbnisstätte	—	—	—	145.987,62	145.987,62
<b>Summe</b>	<b>2.947.106,44</b>	<b>479.055,16</b>	<b>1.231.829,89</b>	<b>1.581.641,85</b>	<b>5.739.634,14</b>

Die Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1918.

Die im Jahresbericht für 1917 veröffentlichte Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1918 ist im Wesentlichen die Fortsetzung der Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1917. Die im Jahresbericht für 1917 veröffentlichte Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1918 ist im Wesentlichen die Fortsetzung der Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1917. Die im Jahresbericht für 1917 veröffentlichte Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1918 ist im Wesentlichen die Fortsetzung der Darstellung des Jahresverlaufs der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1917.

Die Gesamteinnahmen i. J. 1918 betragen 2.293.065,33 Mk., d. h. 679.107,25 Mk. mehr als 1917. Die Gesamtausgaben betragen 1.849.922,45 Mk., das sind 401.943,50 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Gewinne übersteigen die Ausgaben des Berichtsjahres um 677.991,56 Mk. Ein merkliches Zugewinn der wirtschaftlichen Verhältnisse erhält man wenn man die einzelnen Ausgabenposten mit denen des Vorjahres vergleicht. Der für Arbeitslosenunterstützung gezahlte Betrag von 55.820,05 Mk. ist nahezu doppelt so hoch wie im Vorjahre (28.593,66 Mk.). Während bei 1917 ein dauerndes Sinken dieses Postens zu verzeichnen war, sehen wir diesmal ein rapides Steigen. Die Ausgaben für „Reise“ und „Umsatz“ weisen eine kleine Zunahme auf, während die Ausgaben für Kostfäden unter denen auch die Unternehmungen für Krankenentlastung abnimmt, von 62.591,52 Mk. auf 26.026,50 Mk. gesunken sind. Die Zehrfachung der Kosten für Unterbringung bei Arbeitslosigkeit ist nicht ins Gewicht fallend. Dagegen sind die Ausgaben für Krankenfälle um 100 die Hälfte empfindlicher, nämlich von 182.528,74 Mk. auf 85.978,93 Mk. Hier kommen die abnehmenden Ernährungsverhältnisse, die je länger sie andauern, eine umso stärkere Wirkung zeigen müssen deutlich zum Ausdruck. Außerdem ist es ja eine bekannte Tatsache, daß auch der Beschäftigungsgrad nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Krankmeldungen ist. Die Steigerung der Ausgaben für Sterbefälle um etwa 11.000 Mk. dürfte ihre Erklärung in der vermehrten Mitgliederzahl finden. Für Streik-Ausperrung und dergl. waren die Aufwendungen im Jahre 1917 um 1361,15 Mk. bei den Hauptkassen zurückgegangen, während die Kofalkassen überhaupt nicht einen Pfennig bezahlt hatten. Im diesjährigen Bericht werden für diese Zwecke

aus den Hauptkassen 71.961 Mk. und aus den Kofalkassen 21.269,31 Mk. gezahlt. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege sind diese Ziffern zwar sehr niedrig zu halten aber doch schon auf höhere Lohnbezüge hin zu rechnen, worauf die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Die Ausgaben für Widmungszwecke sind ungeheuer auf gleicher Höhe geblieben: für Kautions- und Reisen und die von 290.645,28 Mk. auf 279.113,65 Mk. geblieben. In dieser Hinsicht ist zum großen Teile die Verteuerung des Reiseverkehrs Schuld. Daß der Posten für Hauptverhandlungen (Generalversammlungen von Vereinen usw.) von 14.208,68 Mk. auf 37.327,53 Mk. angewachsen ist, ist damit zurückzuführen, daß die größten Gewerbestädte ihre Delegiertenlisten halten, außerdem aber zahlreiche Tarimerhandlungen haltenden, die erhebliche Aufwände verursachen. Die persönlichen und sachlichen Verhältnisse sind bei den Hauptkassen erheblich, nämlich von 112.633,96 Mk. auf 251.687,56 Mk. angewachsen. In der Hauptkasse dürfte dafür neben der allgemeinen Steigerung der Preise für Bedarfsartikel die 6½ Jahreverordnungen und Neuanschaffungen heranzuziehen sein. Der Verband für Kautions ist fast um das Doppelte teurer geworden; der betreffende Posten ist von 67.121,29 Mk. auf 127.787,19 Mk. geblieben. Der Grund liegt in dem unvorstellbar wachsenden Herrschaftskosten. Wenn dies bei den sonstigen Deutschen und den Kautionsmaterial nicht ebenso deutlich in der Erdennote tritt, so ist es damit zurückzuführen, daß die Hauptverbände bei ihren Verfassungen mit Rücksicht auf die Teuerung die größtmögliche Zurückhaltung beobachtet haben. Die Kosten für Ortsverbände und Verbandsteuern sind der angewachsenen Mitgliederzahl entsprechend höher geworden; auch die Mitgliedschaften sind etwas gewachsen. Neu angelegte Gelder sind 473.781,91 Mk. zu verzeichnen gegen 317.821,58 Mk. im Vorjahre.

Tabelle II gibt einen Überblick über den Vermögensbestand der Deutschen Gewerbevereine Ende 1918. Danach beträgt das Gesamtvermögen in allen Städten nahezu 5 1/2 Millionen Mk. Gegen das Vorjahr ist eine Zunahme um 138.028,05 Mk. zu verzeichnen. Die Gewerbevereinskassen betragen gegenüber dem Vorjahre mehr 113.158,30 Mk. Die Kofalkassen mehr 121.311,17 Mk. Die Krankenfällen hatten mehr 135.713,32 Mk. und die Begräbnisstätten mehr 38.971,90 Mk.

Das sind wichtige Zahlen, die beweisen, daß die finanziellen Grundlagen unserer Organisation durchaus gesichert sind und daß wir auch in künftigen Zeiten mit einiger Gelassenheit entgegenblicken können. Deshalb werden diese Zahlen auch bei der Herbeiarbeit eine wirksame Stütze bilden. Auf diese Herbeiarbeit gilt es aber jetzt die ganze Kraft zu richten. So ist der Kampf auch gerade für uns kein bloß ein äußerlicher, wenn wir ihn treuhaft und tatkräftig aufnehmen. Die Erlöse in diesem Jahre werden es mit aller Deutlichkeit. Also fort mit jeder Jagdbekämpfung! Friede an die Herbeiarbeiter die jeder Kollege auf sich nehmen muß, der sich um unserer Sache dienen will.

Tabelle I.

W a s s e r.

In- valdität	Unterstützung b. Streif, Maß- regelung und Aufsicht		Bildungs- zwecke	Agitation und Reisen	Gauvor- stands- berufung Generalver- sammlung, Konferenzen usw.	Personale und sachliche Verwaltungskosten		Zeitungen nebst Beiflag	Druckkosten, Agitations- material, Ar- beitsver- mittlung	Ers- ortbands- und Verbands- Reuern	Rechtschutz	Neu- angelegte pro 1918
	aus der Hauptkasse	aus den Erfolgsfällen				der Hauptkasse	der Ersortvereine					
13 885 75	5 977 17	17 458 18	7 581 20	235 986 71	17 134 75	125 980 50	97 921 25	83 632 98	48 539 20	40 544 50	4 950	434 400
	854 04	8 811 21		21 779 75	9 119 80	50 717 81	54 746 05	21 282 90	15 581 15	5 244 57	816 98	
	305 60		890 42	10 410 61	6 591 97	18 265 79	8 247 87	3 918 92	4 395 12	1 048 74	259 80	6 845 70
510				3 531 88	7 555 25	13 729 91	7 158 33	2 283 44	1 214 00	1 968 89	90	812 50
27 80				3 015 11		15 813 41	14 192 91	6 916 15		1 268 91	40	16 095 56
				885 45	1 921 15	19 065 46	2 725 25	4 800		715	1 394 90	4
			750	49 50	1 037 58	620 17	435 81	1 143 16	425 35	644 46		1 198 70
			60 16	1 198 20	264 18	504 46	104 05	828 81	364 46	43 10	3	1 989 40
				1 203 05	268 89	5 047 40		979 00	239 79	260 78		3 210 84
			25	65	22	66		677 69	42 50	129 84		
				110 60	132 50	4 586 71	1 765	1 694 24	921	200 22		2 000
					62	421 14	206 02	129 00	206	44 88		
13 913 58	7 136 81	21 269 34	9 196 78	279 118 46	37 327 55	254 687 56	182 412 26	127 787 49	72 445 17	52 819 23	6 172 78	47 574 94

**Allgemeine Rundschau.**

Freitag, den 3. Oktober 1919.

**Zulagen zu Renten aus der Invalidenversicherung.** Mit Wirkung vom 1. Oktober ab betrachten die monatlichen Zulagen für Empfänger einer reichsgerichtlichen Invaliden, straffen- oder Altersrente (statt bisher 8 M.) 20 M., für Empfänger einer reichsgerichtlichen Witwen- (Witwer-) oder Witwenrentenrente (statt bisher 1 M.) 10 M. Vorbedingung ist, daß die Empfänger nicht Ausländer sind, die im Auslande wohnen. Die Erhöhung tritt nicht ein für Zulagen die für die Zeiten vor dem 1. Oktober 1919 zu zahlen sind. Empfänger von Renten erhalten keine Zulage. Die Zulage wird monatlich im voraus gezahlt. Besondere Zulageumständen sind nicht erforderlich. Jeder Rentner und Zulage wird nur eine Zulage ausbezahlt.

Nach den Ausführungsbestimmungen soll bei Fortsetzung einer solchen Rente der Rentempfangen darauf hingewiesen werden, daß ihn außer dem im Beside angegebenen Rentebetrag für jeden vollen Vermessungstag die Zulage zur Rente in Höhe von 20 oder 10 M. monatlich von der Sozialkassa bei der er den Rentenbetrag abbitt, gezahlt wird.

**Die Reichsverbände über den Terrorismus der Verbände** wollen kein Ende nehmen. Es verheißt sich ein Tag an dem nicht bitter Klage darüber geführt wird, in wie brutaler Weise unheimlichen Mitalidern das Leben schwer gemacht wird, um sie zum Uebertritt in die „freien“ Gewerkschaften zu zwingen. So wird uns aus Frankfurt a. M. jetzt geschrieben, daß dort von Mitalidern der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes unheimlichen die Stränge angebrochen, die Arbeitslosigkeit verdrängten wurden. Der Arbeiterverband beschneidet und das Essen verdrängt wurde. Am schändlichsten Gewerkschaften an, daß man den Gewerkschaftsmitgliedern an, daß man den ganzen Betrieb stilllegen werde, wenn unsere Leute nicht in den allein selbst machenden Gemeinde- und Staatsarbeiterverband übertritten würden.

Solche und ähnliche Maaßen aber uns wie gelangt, daß täglich aus allen Landesteilen und so ähnlich aus allen Kreisen zu. Die Hauptleistungen der „freien“ Gewerkschaften billigen angeblich dieses Vorgehen ihrer Mitglieder nicht; es geschieht aber offenbar nichts, diesem unerhörten Terror in die zu gehen, oder aber die Gewerkschaftsführer haben zu wenig Einfluß auf ihre Leute, daß sie ihn nicht unterbinden können. Was werden dann aber die Reichsleitungen der das Treiben der Sozialisten nicht unbekannt ist, zu tun um allen Arbeitern das ihnen zustehende Organisationsrecht zu sichern?

**Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen** haben viele Jahre lang in heftigem Streit miteinander gelegen, in dem die letztgenannte Richtung sich der Unterstützung der höchsten Kirchenfürsten, ja selbst des Papstes zu erfreuen hatte. Der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaften fand naturgemäß in strengkatholischen Kreisen keinen Anklang. Den christlichen Gewerkschaften sind dadurch manche

unruhige Stunden bereitet worden, und mehrfach haben sie um sich herum strahlen mit diesen Angelegenheiten beschäftigt müssen.

Aber auch ihnen isten schmerzliche Helfer und Förderer zur Seite, die unerschrocken darauf bedacht waren, die aus dem Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Fachabteilungen resultierenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Diese Bemühungen scheinen neuerdings von Erfolg gekrönt zu sein. Wie nämlich das führende Zentrumblatt „Germania“ kürzlich mitteilte, hat Kardinal von Soltmann in sein dem Generalsekretär des Verbandes der landwärtlichen Arbeitervereine (Zib Berlin) folgende etaktische Beschlüsse der Rindauer Wirtschaftskonferenz mitteilen lassen:

„Dringend ersuchen wir Vertreter der Einigung unter den deutschen Revolutionen und im Interesse der katholischen Arbeiter ist eine Einigung unter den katholischen Arbeitervereinen (Zib Berlin) und den christlichen Gewerkschaften, sei es in Form einer Einigung beider, sei es in Form freundschaftlichen Zusammengehens.“

Die Ausführung solcher Einigung ist den beiden Organisationen zu überlassen.

„Eine erneute Anfrage an den Heiligen Stuhl in dieser Angelegenheit ist überflüssig.“

Der letzte Satz ist nach der „Germania“ die Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage der Zentrale der katholischen Arbeitervereine. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, was ein solcher einstimmiger Beschluß der Arbeitskonferenz zu bedeuten hat. Wir werden also über kurz oder lang in der Presse von den bisherigen kirchlichen Brüdern lesen: In den Armen liegen sich beide...

**Politische Intoleranz;** freilich seit der Revolution in den „freien“ Gewerkschaften die unerbittliche Wüten. Sie ist im Grunde genommen auch die Triebfeder für den Terrorismus, der gegen Andersorganisierte geübt wird. Daß sich diese Intoleranz jetzt auch gegen Männer richtet, die den Deutschen Gewerkschaften bisweilen das Treue recht schwer gemacht haben, kann man als ein charakteristisches Zeichen der Geschichte betrachten. Hunderte von freigeschäftlichen Beamten haben in den letzten Monaten über die Mängel bringen und aus ihrem Amte scheiden müssen, das sie zum Teil Jahrzehnte lang bekleidet hatten, lediglich weil sie nicht Unabhängige, sondern Mehrheitssozialisten sind. Die Fälle könnten sich derart, daß man davon schon längst nicht mehr besonders Notiz nahm. Neuerdings aber haben sich einige Maßregelungen vollzogen, die wegen der beteiligten Personen besondere Beachtung verdienen. Der Abgeordnete Weis, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ehemals Stadtkommandant von Berlin, ist wegen Unabwärtigkeit von der Generalversammlung aus dem „freien“ Arbeiterverband ausgeschlossen worden. Lediglich die politische Meinung hat Weis der Mitgliedschaft unwürdig gemacht. Wäre er unabhängig, dann würde er als auswärtiger Reichsleiter und im Arbeiterverbande bleiben können.

Nach der Doll Legion! Wer und als gewerkschaftlicher Generar, die unehrenten Verdienste die sich dieser Mann als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften um die Arbeiterschaft erworben hat, abtreten wollte, müßte der Arbeiter ins Gesicht schlagen. Das hindert nicht, daß diejenigen die ihn bis vor

kurzem Geholdden geleitet haben, jetzt unter der Führung des Konstitutionsamtes ihm den Kampf geben. Die Zentrale Berlin des Holzarbeiterverbandes, der Verein umschließt hat, ist vor kurzem aus der Organisation ausgetreten, das in Form angenommen, daß dieser Beschluß von der Hauptleitung bekräftigt wird.

Einen ähnlichen Schicksal erduldet hat der langjährige Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Carl Paul, dessen Ziel, wie der letzte Landesrat gezeigt hat, auch aus Härte erachtet war. Er hat den Stand des Holzarbeiterverbandes vor der Arbeiterschaft, hat seinen Parteigenossen niederkam und ist nunmehr anderer Arbeitssinn geworden.

Wo die Revolution den in Schäden haben, da tritt eben keine andere Welt und. Die Arbeiter es schlimmer als die anderen Welt haben. Die Gewerkschaftenmitglieder haben in Prober der revolutionären Toleranz, auch schon vor der Revolution kennen gelernt. Wo es von denen die ist das Feld räumen müssen, in vielerlei Hinsicht an den Zusammenhänge die sich aufre stellen lassen werden lassen müssen, und wart jetzt auf einer Seite wie beide Organisations- und Protokollführung tun.

**Zur Durchführung sozialer Wahlen** hat eine Konferenz sozialistischer der Ortsverbände Mittel- und Ostpreußen, die sowohl auch in anderen Landesteilen stattfinden könnten. Katholisch müssen dabei örtliche und organisierte Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Richtlinien betonen:

1. Bei sozialen Wahlen ist ein möglichst einheitliches und totkräftiges Vorgehen der Ortsverbände der Deutschen Gewerkschaften innerhalb Württembergs unter Würdigung der örtlichen Verhältnisse notwendig.
2. Zunächst ist zu erreichen, daß sich sämtliche am Orte in Betracht kommenden Organisationen auf eine einheitliche Vorkonferenz einigen, die dann ohne weiteres als gewählt gilt.
3. Es ist anzustreben, daß sich die Ortsverbände möglichst sofort mit einer einheitlich unerbittlichen Kartierung beziehungsweise Anfrage an die anderen Organisationsrichtungen an ihrem Orte wenden.

Wird eine Wahl dennoch notwendig, infolge der Ablehnung einer der in Frage kommenden Organisationen, sich an einem gemeindefreilichen Vorhänge zu beteiligen, oder des selbständigen Vorgehens einer bis her nicht beteiligten Körperschaft, so soll beachtet werden, sie gemeinsam mit den übrigen am Zusammengehören bestreuten Gruppen durchzuführen.

Wenn Wahlen von Kompromissen dürfen nicht persönliche Sitzungen, sondern müssen praktische Notwendigkeiten maßgebend sein.

Bei allen Abmachungen ist unbedingt darauf zu achten, daß der bisherige Bestand der Gewerkschaften an Vertretern gewahrt wird.

Es, wo seit den letzten Wahlen ein wesentlicher Zuwachs der Mitgliederzahlen eingetreten ist, oder wo bisher öffentlich ungenügend vertreten waren, ist auf Berücksichtigung dieser Tatsache bei den Abmachungen zu dringen.

Bei Aufstellung der Kandidaten und Ergabende innerhalb der Ortsverbände ist darauf zu halten, daß nur solche Personen vorgeschlagen werden, die in jeder Hinsicht beauftragt sind, im Falle einer Wahl die Interessen der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft im Ganzen wirksam zu vertreten.

Kommen mit keiner anderen Organisationsrichtung bindende Abmachungen zu. So ist sorgfältig zu prüfen, ob bei einem selbständigen Vorgehen ohne verhältnismäßig große Opfer zum mindesten ein Achtungserfolg in Aussicht steht, und dementsprechend zu handeln.

Durch die Zeitverhältnisse wird uns größte Ersparnis zur Pflicht gemacht. Doch dürfen finanzielle Bedenken kein Hindernis für die Durchführung einer an sich ausrichtigen Wahlbewegung bilden.

Bei dem starken Interesse, das wir daran haben, an den durch die sozialen Wahlen zu besetzenden Stellen Einfluß und Einwirkung zu gewinnen oder zu behalten, muß es gegebenenfalls auch möglich sein, die zur erforderlichen Durchführung dieser Wahl für uns notwendigen Mittel durch außerordentliche Beiträge aufzubringen.

## Umtlicher Teil.

### Bezugsliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.V.)

**Bezugsliste der eingetragenen Beiträge pro August und September 1919.**

**Bezugsnehmer:** Folien 25, - M. **Waldhauer:** Berlin 24,4. **Textil- und Handarbeiter:** Giesebach 15,34, Reichshaus 11,69, Albrecht Nr. 229 2,34. **Frauen und Mädchen:** Thale 1,56. **Gewerbearbeiter:** Berlin 16,99, Halle, 8,71. **Wasser, Kanalarbeiter:** Berlin III 2,34, Halle 16,12, Worms 7,02. **Metallarbeiter:** Frankfurt Nr. 1905 - 99, Reichshaus 3,17, Crefeld Nr. 970 2,34. **Vergütungsarbeiter:** R. Bittenberg 6,75. **Schneider:** Breslau I 20,33, Zittau 22,98, Hamburg Nr. 2226 1,49, Bismarck Nr. 981 1,56, Hannover Nr. 2012 - 78, Waff Nr. 1705 1,30. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Danzig 2,34, Crefeld 18,29, Wrauden 7,72, Gommersdorf 17,16, Stargard Nr. 810 2, - , Jümmel Nr. 1541 1,56, Weigand Nr. 5783 3,34, Weitz Nr. 1051 1,82. **Textilarbeiter:** Berlin 2,57, Königsberg 4,68, Jümmel Nr. 2150 2,80, Gommersdorf Nr. 5249 1,19. **Lehrer:** Gommersdorf Nr. 4885. **Wohlfahrts Nr. 4778.** **Lehrer:** Jägerhof Nr. 5014. **Ortsverbände:** Jekahn Nr. 3688, 5094, 5702, 5708.

**Zusammen 331,23.**

Berlin, den 30. Sept. 1919.  
R. Klein, Hauptkassier.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Bezugsliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften aus der Liste ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die fehlenden Beiträge bezahlen.

**Textil- und Handarbeiter:** Weiswald Nr. 3501, Walter und Radierer: Halle Nr. 5937, 5977, Metallarbeiter: Matheson Nr. 3394. **Schneider:** Straßburg Nr. 3892. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Barth Nr. 4196, 4176. **Vergütungs Nr. 6485.** **Wohlfahrts Nr. 4778.** **Lehrer:** Jägerhof Nr. 5014. **Ortsverbände:** Jekahn Nr. 3688, 5094, 5702, 5708.

Berlin, den 30. September 1919.  
V. Walzer, Vorsteher. R. Klein, Hauptkassier.

## Aus dem Verbands.

### Mitglieder in Groß-Berlin!

Wissen ist Macht. Dieser alte, wahre Grundsatz ist gerade in der jetzigen Zeit zur Geltung gekommen. Nachdem ein Teil der Arbeiterführer jetzt zu höheren Aufgaben berufen ist, macht sich ein harter Mangel an tüchtigen Köpfen innerhalb der Arbeiterbewegung bemerkbar. Auch in unseren Gewerkschaften hört man jetzt öfter noch als früher den Ruf nach Bildung. Es soll aber niemand vergessen, daß man nicht durch den Besuch eines Kurses von 3-4 Abenden alles lernen kann, sondern dazu ist eine längere, systematisch betriebene Ausbildung notwendig. Überall im Lande regt es sich; es werden Kurse und Diskussionsabende veranstaltet. Den Berliner Kollegen ist durch den Reichs-Diskussionsklub ebenfalls Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern und sich in der freien Rede zu üben. Der Diskussionsklub ist eine planmäßig geleitete Rednerstunde und will seinen Zweck erreichen:

1. Durch Vorträge über aktuelle Fragen mit anschließender Diskussion.
  2. Schriftliche Ausarbeitung der Vorträge und Weitergabe derselben durch die Mitglieder.
  3. Anleitung zum Ausarbeiten von Vorträgen.
  4. Durch Beratung der Mitglieder zur Leitung der Sitzung und zur Protokollführung, um so tüchtigen Nachwuchs an Vorstandsmitgliedern für die Ortsvereine heranzubilden.
  5. Durch Verantwortung und Beipredung von Fragen von allgemeinem Interesse.
- Das sind, kurz gesagt, die Aufgaben des Diskussionsklubs. Wir wenden uns nun an alle Kollegen und Kolleginnen, besonders die Vorstandsmitglieder, mit der Bitte, uns bei der Ausübung unserer Aufgaben tatkräftig zu unterstützen, indem sie an unseren Sitzungen teilnehmen und im Betrieb sowie bei allen Zusammenkünften von Gewerkschaftern auf den Diskussionsklub hinweisen und namentlich jüngere Mitglieder den Besuch empfehlen. Aber auch die älteren Kollegen sollten sich an unseren Sitzungen beteiligen, denn zum Lernen ist man nie zu alt.

Kollegen und Kolleginnen! Die Vorgänge der letzten Jahre haben uns gelehrt, daß die Grundzüge der deutschen Gewerkschaften die richtigen sind. Denn was die Gewerkschaften seit Jahrzehnten vertreten haben, wird von der heutigen Regierung anerkannt (Arbeiterrecht, Eingangsweien usw.). Nun, Kollegen, an uns liegt es, dafür zu sorgen, daß wir als Gewerkschaften die Stellung in der Gesellschaft einnehmen, die uns zusteht. Uns mit dem nötigen Mut zu versehen, ist der Diskussionsklub gewillt. Den Berliner Kollegen ist es in die Hand gegeben, sich die Bildungsmöglichkeit anzueignen, die wir im Interesse unserer Sache unbedingt brauchen.

### Tarum werdet Mitglieder des Diskussionsklubs!

Am 15. Oktober, pünktlich 8 Uhr, findet im Verbandshaus eine Sitzung mit Vortrag über „Zweck und Ziele des Diskussionsklubs“ statt, wozu alle Kollegen und Kolleginnen eingeladen sind.  
J. A. J. Pantke.

Berlin. Eine am 19. September einberufene Gewerkschaftsversammlung, in welcher beratsamender Kollege G. r. t. m. a. n. n. über die Kohlenfrage referierte, nahm nachstehende Entschlüsse an:

1. Die am 19. September 1919 in Berlin abgehaltene Versammlung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.V.) stellt sich bezüglich der drohenden Kohlennot auf dem Boden der Entschlossenheit, die von der Nationalversammlung am 15. August 1919 angenommen worden ist.

Um die dem ganzen Volk und unserer Wirtschaft durch außerordentlichen Kohlenmangel drohende furchtbare Katastrophe abzumehren, richtet die Versammlung an alle Beteiligten das dringende Ersuchen, alle verfügbaren Kräfte einzusetzen, damit eine genügende Kohlenförderung, ein geregelter Abtransport und eine gerechte Verteilung ermöglicht werden kann.

Angeichts der Tatsache, daß die Arbeiter bei einem durch Kohlenmangel erfolgenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft die am meisten Geschädigten sein würden, verurteilt die Versammlung mit aller Entschiedenheit die gewerkschaftlichen Vereinen und Wählerinnen derselben Leute, die durch Vorsehung solcher Katastrophen die gesamte Arbeit zu verhindern suchen. Sie fordert die Gewerkschaftsmitglieder und alle auf freiwirtschaftlichen Boden stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten dringend auf, derartigen Treibern mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die Forderung zu tun, um unserer Wirtschaft wieder aufzuhelfen. Die berechtigten Interessen der Arbeiterklasse, insbesondere die Beschäftigung ihrer Angehörigen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, werden dabei durch die Berufsvereinigungen nach wie vor in geeigneter Weise und mit aller Kraft vertreten werden.

2. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Kohlenverteilung, wie sie vom Reichskohlenamt erfolgt, den Verhältnissen der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern und Landesteilen nicht genügend Rechnung tragen kann. Diefem Mangel wird nur abgeholfen sein, wenn das Beispiel Süddeutschlands auch in Preußen Nachahmung findet und wenn auch in Preußen eine Landeskohlenstelle geschaffen wird, wie sie in Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen besteht.

Die Versammlung richtet daher an das preussische Handelsministerium und an die preussische Landesversammlung das dringende Ersuchen, eine solche Landesstelle für Preußen schnellmöglich einzurichten zu wollen, damit in den verschiedenen Teilen des Landes eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kohlen und auch möglichst gleichmäßige Einschränkung vorgenommen werden kann.

Schemm. Am 21. September tagte hier eine Konferenz der Ortsverbände im Königreich Sachsen, die sich eines guten Besuchs erfreute und einen angeregten Verlauf nahm. Als Vertreter des Zentralrats nahm der Verbands-Redakteur Kollege Lewin an der Tagung teil. Am Abend vorher fand ebenfalls gut besuchte Ortsverbandsversammlung statt, in der Kollege Lewin über: Unjere Aufgabe in der Gegenwart, sprach. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vorträge teilte sich eine sehr gute Aussprache.

Auf der Tagung der Ortsverbände erstatteten zunächst die Kollegen Klauß, Dresden und Heyer - Bittau Bericht über die Tätigkeit des sächsischen Landesverbandes und erörterten gleichzeitig die Maßnahmen zu seiner Neugestaltung. Beide Referenten waren sich darin einig, daß der Landesverband nur dann eine ersprießliche Tätigkeit entfalten könne, wenn ein Landessekretariat als Zentrale geschaffen würde. Sie vernichteten nach dieser Richtung hin die tatkräftige Unterstützung durch den Zentralverband und die Hauptverbände. Das gab dem Kollegen Lewin Veranlassung, in die Diskussion einzugreifen und den Verbandsratsmitgliedern entsprechend darauf hinzuweisen, daß die Errichtung eines Arbeitersekretariats durchaus wünschenswert sei, die beteiligten Mitglieder aber in erster Linie zu den Unterhaltungsstellen herangezogen werden müßten. Erst dann sei die Verwaltungsleitung in der Lage, finanziell helfend einzugreifen. Die Aussprache zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Das Ergebnis derselben war die Annahme eines Antrages, in dem der Zentralratsvertreter aufgefordert wurde, mit aller Bestimmtheit die Errichtung eines Arbeitersekretariats für den sächsischen Landesverband im Zentralrat zu befrachten.

erner wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Die Konferenz der sächsischen Ortsverbände begrüßt mit Genugtuung die Neugestaltung des sächsischen Landesverbandes. Sie hält diese Neugestaltung für eine Notwendigkeit, ist aber davon überzeugt, daß der Landesverband eine erfolgreiche Tätigkeit nur dann entwickeln kann, wenn als Zentrale ein Landessekretariat geschaffen wird. Zur Erreichung dieses Zieles hält die Konferenz den Beitritt aller sächsischen Ortsverbände und Ortsvereine zum Landesverband für dringend erforderlich. Sie erwartet ferner von dem Optimum der Kollegen, daß sie zur Errichtung und Erhaltung des Sekretariats nach Kräften beistehen.“

Diese Entschlüsse soll allen sächsischen Ortsverbänden zugestellt werden. Außerdem sollen die unerreichten Ortsverbände zum Anschluß an den Landesverband aufgefordert werden. Zur Weitererfolgung der Angelegenheit und zur Vorbereitung der Sitzungen wurde ein geschäftsführender Ausschuss von 5 Kollegen gewählt. Als Antrag für den Landesverband wurden pro Mitglied und Monat 10 Pfg. in Aussicht genommen.

Tabeln. Am 25. August sprach im hiesigen Ortsverband der Kollege Bergmann-Berlin über: „Wichtige Tagesfragen“. Ausgehend von den Verhältnissen 1918, welche dem deutschen Volk mehr Leid, als Arbeit brachte, mehren sich die Kräfte, die es er darauf hin, daß leider die Freiheit schwer erkauft wurde. Gerade in der Arbeiterklasse wird der Wille wach, sich zu erheben. Es ist nicht möglich, daß von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften die Neutralität gegenüber anderen Organisationen aufrecht erhalten wird. Nur sie selbst sind maßgebend, eine andere Richtung neben sich wollen sie nicht gehen lassen. Dabei müssen sie am eigenen Leibe erfahren, welche schwere Schädigung die Unterdrückung der Hebung anderer bedeutet. Durch diese Verfestigung der Arbeiterklasse wird nur der Reaktionsvorstoß gestoppt. Das ist umso bedauerlicher, als die Arbeiterorganisationen während des Krieges und auch jetzt noch gemeinsame Arbeit geleistet hat gerade dadurch mancherlei Vorteile erlangen hätten. Dies müßte auch in der Zukunft so geschehen werden. Neben wies weiter darauf hin, wie wichtig es ist, die Verunsicherung streng durchzuführen, daß aber andererseits die verschiedenen Berufs in der Vorbereitung gegenseitig unterstützen müssen.

Am 4. Oktober sprach dann Kollege Berndt-Tredden über: „Rechtsrat und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betriebsrat“. Der Redner schilderte, wie die Deutschen Gewerkschaften schon seit vielen Jahren für die Schaffung eines neuen, sozialen Rechts eingetreten sind. Jetzt geht der Kampf endlich in Erfüllung. Der erste Schritt dazu ist der Beschluß über die Betriebsräte, den Redner in einzelnen Punkten erläuterte, wobei er besonders auf die Rechte der Betriebsräte und auf ihre Aufgaben hinwies. Gegenwärtige Arbeit können die Betriebsräte leisten, wenn die richtigen Männer dazu gewählt werden, wenn nicht die richtige Stellung ausgehandelt ist für die Wahl, sondern die Tätigkeit, kurz, wenn die Befugnis der Arbeiter nicht einseitig erfolgt. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in der auf verschiedene Fragen, Antwort erteilt werden konnte.

Der Redner dankte.

### Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hamburg (Arbeitersekretariat und Geschäftsstelle des Gewerkschafts der Metallarbeiter). Max Scholz, Kaiser Wilhelmstr. 34 I. Geschäftszeit von 8-12 und von 4-6 Uhr.

Hamb. i. B. (Arbeitsrat) B. Schmale, Vorsteher, Viktorstr. 108. B. Tanne, Schriftführer, Steinstr. 20. G. Müllermann, Hamm-Str. 1, Grunewald 2.

Landesberg a. B. (Arbeitsrat) G. Wäcker, Vorsteher, Widenerstr. 21. G. Sasse, Schriftführer, Schönstr. 31. A. C. Waldb. Kallert, Mühlenterr. 12.

Witten i. B. (Arbeitsrat) Arbeitersekretariat August 1919, Direktor 12.

Witten i. B. (Arbeitsrat), neu: A. Löwenstein, Vorsteher, Erndelstr. 94. F. Straß, Schriftführer, Laaspe, Bergstr. 30. Ph. Gaudermann, Kassierer, Raumland, Obermühle.

## Anzeigen-Teil.

### Deutsche Volksversicherung A.-G.

Im Oktober dieses Jahres findet die Wahl des Verwaltungsrates unserer Gesellschaft statt. Wahlberechtigt ist jeder Versicherungsnehmer, dessen Versicherung am 1. Oktober des Wahljahres in Kraft ist, und zwar mit einer Stimme. Zu wählen sind 30 Mitglieder und 30 Stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates. Wählbar sind die 90 Versicherungsnehmer unserer Gesellschaft, die auf Grund der Vorschläge unserer Versicherungsnehmer zum Wahlauschluß auf die Wahlliste gesetzt sind. Stimmzettelvordruck für die Wahl sind durch Vermittlung der mit der Eingabe der Beiträge betrauten Stellen sowie unmittelbar von unserer Gesellschaft zu beziehen. Die Wahlzettel sind an den Vorstand unserer Gesellschaft einzureichen. Nach dem 31. Oktober einlaufende Wahlzettel bleiben unberücksichtigt. Das Wahlergebn wird im Monat November dem Wahlauschluß festgesetzt und von uns bekanntgegeben werden.

Berlin - Schöneberg, den 18. September 1919.  
Deutsche Volksversicherung A.-G.  
Der Vorstand.  
Dr. Rose. Dr. Pittzke.